

18.01.2017

Beschlussempfehlung

des Rechtsausschusses

Organstreitverfahren der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative, Landesverband Nordrhein-Westfalen (Partei NRW) gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen

VerfGH 16/16
Vorlage 16/4607

Berichterstatter

Abg. Dr. Ingo Wolf

Beratung

Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 18. Januar 2017 mit dem oben angegebenen Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof - VerfGH 16/16 - befasst und einstimmig beschlossen, eine Stellungnahme zu empfehlen.

Gemäß § 87 Satz 2 1. Alt. GO LT soll bei Angelegenheiten, die den Landtag selbst betreffen, eine Stellungnahme erfolgen. Im vorliegenden Verfahren ist u.a. der Landtag selbst Antragsgegner des Organstreitverfahrens. Folglich liegt eine Betroffenheit vor.

Beschlussempfehlung

Der Landtag nimmt zu dem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Stellung.

Dr. Ingo Wolf
Vorsitzender

Datum des Originals: 18.01.2017/Ausgegeben: 20.01.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de